

BR/GT I/118 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTeilungsverfahrens

Luxemburg, den 17. September 1971
BR/GT I/118/71

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

ZWEITER VORENTWURF EINES ÜBEREINKOMMENS ÜBER EIN
EUROPÄISCHES PATENTERTeilungsverfahren

Artikel 37
136
145

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFÜHRUNGSORDNUNG

Nummer 4 zu Artikel 136
Nummer 5 zu Artikel 136
Nummer 6 zu Artikel 136
Nummer 2 zu Artikel 145
Nummer 7 zu Artikel 145
Nummer 10 zu Artikel 145

(Von Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT I/118 d/71 bz

Artikel 37

Ernennung hoher Beamter

- (1))
(unverändert gegenüber dem gedruckten
(Zweiten Vorentwurf eines Übereinkommens - 1971
(2))

(3) Die Mitglieder und die Vorsitzenden der Beschwerdekammern und der Grossen Beschwerdekammer werden auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts vom Verwaltungsrat ernannt. Sie können vom Verwaltungsrat nach Anhörung des Präsidenten des Europäischen Patentamts wiederernannt werden.

Artikel 136

Beweisaufnahme

(1) In den Verfahren vor einer Prüfungsabteilung, einer Einspruchsabteilung oder einer Beschwerdekammer kann entweder von Amts wegen oder auf Antrag eines der Beteiligten Beweis insbesondere durch folgende Beweismittel erhoben werden:

- a) Vernehmung der Beteiligten;
- b) Einholung von Auskünften und Vorlegung von Urkunden;
- c) Vernehmung von Zeugen;
- d) Begutachtung durch Sachverständige;
- e) Einnahme des Augenscheins;
- f) Abgabe eidesstattlicher Erklärungen.

(2) unverändert gegenüber dem gedruckten Zweiten Vor-
entwurf eines Uebereinkommens - 1971

(3))
(4) { - gestrichen -
(5) (

(6) - zurückgestellt -

Artikel 145

Heranziehung allgemeiner Verfahrensgrundsätze

Soweit dieses Uebereinkommen und die Ausführungsordnung zu diesem Uebereinkommen Vorschriften über das Verfahren nicht enthalten, berücksichtigt das Europäische Patentamt die in den Vertragsstaaten im allgemeinen anerkannten Grundsätze des Verfahrensrechts.

Zu Artikel 136

Nummer 4

Beauftragung von Sachverständigen

(1) Das Europäische Patentamt entscheidet, in welcher Form das Gutachten des von ihm beauftragten Sachverständigen zu erstatten ist.

(2) Der Auftrag an den Sachverständigen muss enthalten:

- a))
 - b))
 - c) - gestrichen -)
 - d))
 - e))
- (3))
- unverändert gegenüber dem gedruckten Ersten
Vorentwurf einer Ausführungsordnung - 1971
- unverändert gegenüber dem gedruckten Ersten
Vorentwurf einer Ausführungsordnung - 1971

(4) (neu) Die Beteiligten können den Sachverständigen ablehnen. Das Organ des Europäischen Patentamts entscheidet über die Ablehnung. Es lässt sich bei seiner Entscheidung von den Grundsätzen leiten, die in den Vertragsstaaten allgemein anerkannt sind.

Zu Artikel 136

Nummer 5

Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen

Zeugen und Sachverständige werden vor ihrer Vernehmung darauf hingewiesen, dass sie beeidigt werden können und dass eine falsche Aussage strafrechtlich verfolgt werden kann.

Zu Artikel 136

Nummer 6

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen

- (1)) unverändert gegenüber dem gedruckten Ersten Vor-
- (2) (entwurf einer Ausführungsordnung - 1971

(3) Der Verwaltungsrat legt die Einzelheiten der Anwendung der Absätze 1 und 2 fest. Die Zahlung der nach den Absätze 1 und 2 fälligen Beträge wird durch das Europäische Patentamt bewirkt.

Zu Artikel 145

Nummer 2

Niederschrift über mündliche Verhandlungen und
Beweisaufnahmen

(1) Ueber eine mündliche Verhandlung oder Beweisaufnahme wird eine Niederschrift aufgenommen, die den wesentlichen Gang der mündlichen Verhandlung oder Beweisaufnahme, die rechtserheblichen Erklärungen der Beteiligten und die Aussagen der Zeugen, Sachverständigen oder Beteiligten sowie das Ergebnis eines Augenscheins enthalten soll.

- | | | |
|-----|---|--|
| (2) |) | |
| (3) | (| unverändert gegenüber dem gedruckten Ersten Vor- |
| (4) | (| entwurf einer Ausführungsordnung - 1971 |

Zu Artikel 145

Nummer 7

Unterbrechung des Verfahrens

(1) Das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt wird unterbrochen:

- a) im Fall des Todes oder der Handlungsunfähigkeit des Anmelders oder Patentinhabers oder der Person, die nach dem Heimatrecht des Anmelders oder Patentinhabers zu dessen Vertretung berechtigt ist. Solange die genannten Ereignisse die Vertretungsbefugnis eines nach Artikel 153 des Uebereinkommens bestellten Vertreters nicht berühren, tritt eine Unterbrechung des Verfahrens jedoch nur auf Antrag dieses Vertreters ein;
- b) wenn der Anmelder oder Patentinhaber aufgrund eines gegen sein Vermögen gerichteten Verfahrens aus rechtlichen Gründen verhindert ist, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt fortzusetzen;
- c) (neu) im Falle des Todes oder der Handlungsunfähigkeit des Vertreters des Anmelders oder Inhabers des Patents.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt bekannt, wer in den Fällen des Absatzes 1 Buchstaben a und b die Berechtigung erlangt hat, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt fortzusetzen, so teilt es dieser Person und gegebenenfalls den übrigen Beteiligten mit, dass das Verfahren nach Ablauf einer von ihm zu bestimmenden Frist wieder aufgenommen wird.

(2 a) (neu)

- zurückgestellt -

Nummer 7 zu Artikel 145

(3) Die am Tag der Unterbrechung für den Anmelder oder Patentinhaber laufenden Fristen, mit Ausnahme der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags und der Frist für die Entrichtung der Jahresgebühren, beginnen an dem Tag von neuem zu laufen, an dem die Mitteilung nach Absatz 2 zugestellt wird. Erfolgt diese Mitteilung später als zwei Monate vor Ablauf der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags, so kann die nach Absatz 2 verfügbungsberechtigte Person einen Prüfungsantrag noch bis zum Ablauf von zwei Monaten nach der Mitteilung stellen.

(4) Vorbehaltlich Artikel 59 Absatz 1 Satz 2 des Uebereinkommens wird ein Hinweis auf die Unterbrechung und die Wiederaufnahme des Verfahrens in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Zu Artikel 145

Nummer 10

Erlöschen gewisser Ansprüche

(1) Ansprüche des Europäischen Patentamts auf Zahlung von Gebühren erlöschen nach einer Frist von vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Gebühr fällig geworden ist.

(2) Ansprüche gegen das Europäische Patentamt auf Rück-
erstattung von Gebühren oder von Geldbeträgen, die bei der Ent-
richtung einer Gebühr zuviel gezahlt worden sind, erlöschen nach
einer Frist von vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem
der Anspruch entstanden ist.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Frist wird im
Fall des Absatzes 1 durch eine Aufforderung zur Zahlung der Ge-
bühr und im Fall des Absatzes 2 durch eine schriftliche Geltend-
machung des Anspruchs unterbrochen. Diese Frist beginnt mit der
Unterbrechung erneut zu laufen und endet spätestens sechs Jahre
nach Ablauf des Jahres, in dem sie ursprünglich zu laufen begonnen
hat, es sei denn, dass der Anspruch gerichtlich geltend gemacht
worden ist; in diesem Fall endet die Frist frühestens ein Jahr
nach der Rechtskraft der Entscheidung.

